

"Die Medien sind aggressiver und ruchloser geworden"

Autor(en): **Binswanger, Daniel / Fritschi, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **112 (2015)**

Heft 1

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840029>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Medien sind aggressiver und ruchloser geworden»

Differenzierte Diskussionen über die Sozialhilfe und andere sozialstaatliche Themen finden in den Medien immer seltener statt. Wirtschaftsjournalist und Politik-Beobachter Daniel Binswanger reflektiert im Gespräch die Wirkung von Klickraten auf publizistische Grundsätze und das Muster politischer Strategien gegen soziale Errungenschaften. Und er erklärt, was er bei der Sozialhilfe verändern würde.

Herr Binswanger, Sie kommentieren regelmässig das politische Geschehen in der Schweiz. Wie geht es der Schweiz zu Beginn des Jahres 2015 mit Blick auf kommende gesellschaftspolitische Herausforderungen?

Der Schweiz geht es sehr gut. Die Frage ist, wie stark dieser Zustand durch politische und wirtschaftliche Risiken bedroht ist. Einerseits stehen das Verhältnis zu Europa und die Zukunft der Personenfreizügigkeit auf dem Spiel, andererseits steckt die Eurozone weiterhin in einer tiefen Krise. Wir Schweizer haben ja immer ein wenig den Reflex zu denken, dass wir nicht zur EU gehören und deshalb nicht betroffen sind von dem, was um uns herum geschieht. Das ist natürlich eine Illusion. Insbesondere falls es in Deutschland zu einer Rezession kommt, wird uns das sehr direkt betreffen.

Was erwartet uns innenpolitisch? Gute, tragfähige Lösungen bedingen einen nationalen Konsens. Die Debatten zielen aber immer seltener auf eine gemeinsame Lösungssuche, dafür werden umso häufiger Eigeninteressen verfolgt. Verträgt die Schweiz auf Dauer diese «Amerikanisierung» der politischen Kultur?

Das Institutionengefüge in Amerika ist seit dem Erstarken der Tea Party praktisch nicht mehr funktionsfähig. Diese Entwicklung lässt sich auf die Schweiz bezogen ein Stück weit mit dem Aufstieg der Schweizerischen Volkspartei und mit der Inflation von Initiativen, die immer radikaler werden, vergleichen. Die SVP hat sich stark nach rechts entwickelt und setzt den Bürgerblock unter Druck. Die Mitte scheint dadurch desorientiert, und das macht die Lösungsfindung schwieriger. Aber auch die SP ist weniger kompromissbereit ge-

worden, seit sie sich als Anti-Blocher-Partei profilieren kann.

Ehemalige «Wortführer» wie Economiesuisse, Gewerbeverband oder Gewerkschaften spielen heute eher in Nebenrollen. Wer kämpft hier eigentlich gegen wen?

Die klassische Links-Rechts-Konfrontation hat effektiv an Relevanz eingebüsst. Die entscheidende Auseinandersetzung findet zwischen Öffnungsbefürwortern und Öffnungsskeptikern statt. Das sieht man auch daran, dass sich sowohl links wie rechts innerhalb der politischen Stammfamilien immer wieder erstaunliche Widersprüche auf tun. Die Interessenvertreter der Wirtschaft waren noch nie so uneinig wie heute, und die Gewerkschaften hätten beispielsweise auch ein grosses Problem, wenn die Schweiz mit der EU ein Rahmenabkommen abschliessen würde, das vorsieht, arbeitsrechtliche Konflikte vor europäischen Gerichtshöfen zu entscheiden.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und erhöhter Mobilität werden gesellschaftliche Errungenschaften vermehrt in Frage gestellt. Armut beispielsweise scheint weniger als Problem erkannt zu werden, das uns alle betrifft.

Solidarität als gesellschaftlicher Grundwert hat an Ansehen eingebüsst. Dazu hat der aggressive Marktliberalismus beigetragen. Das zeigt sich etwa daran, dass die Steuern laufend gesenkt werden. Der Lebensstandard der Schweizer hat in den letzten zehn Jahren zwar zugenommen, aber hauptsächlich nur deshalb, weil pro Kopf mehr gearbeitet wird. Das bedeutet mehr Konkurrenz und mehr Druck, und das überträgt sich auf die Bereitschaft zu sozialem Ausgleich.

Eine zweite Ursache sind die Angriffe auf die Sozialversicherungen und auf die Sozialhilfe. Sie laufen oft über Ausländerthemen. Zurzeit schießt sich die SVP für ihren Wahlkampf ein, indem sie den Sozialhilfebezug von Eritreern thematisiert. Dieses Muster wird immer wieder angewendet: Man aktiviert Kräfte, die die Zuwanderung ablehnen, um den sozialen Ausgleich zu torpedieren. Diese politische Strategie ist sehr effizient.

In der Bundesverfassung steht, «die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen». Ist das eher ein sozialetischer Grundsatz oder eher eine ökonomische Weisheit?

Der Gedanke, dass man die Schwachen unterstützt, ist ein christlicher Wert und in unserer Gesellschaft tief verankert. Auch rechtsbürgerliche Kreise würden nie sagen, dass das falsch sei. Die Frage, wie ein Staat sein Verhältnis zu den sozial Schwachen gestalten soll, hat aber auch eine ökonomische Komponente. Wenn wenig Verdienende auch konsumieren können, profitiert die Volkswirtschaft. Eine zu grosse Einkommensungleichheit richtet ökonomischen Schaden an. Darauf weist beispielsweise auch der Internationale Währungsfonds hin. So betrachtet ist ein vernünftiger Ausgleich der Einkommensniveaus auch eine Empfehlung im volkswirtschaftlichen Sinn.

Hat der Staat die Pflicht, für jene zu sorgen, die nicht arbeiten können?

Eindeutig. Die Debatte wird ja auch nicht so geführt. Wer findet, dass Leute, die nicht genug verdienen, selber schuld sind an ihrer Lage, wird das nicht laut sagen. Stattdessen werden andere Debatten vorgeschoben, beispielsweise über «Betrug». Es mussten «Scheininvaliden» herbeigeredet werden, mit dem Ziel, die Kosten der IV



Bilder: Meinrad Schade

zu senken. Bei der Sozialhilfe läuft es ähnlich. Ein paar Betrugsfälle haben es diesen Kräften ermöglicht, die Sozialhilfe über eine Missbrauchsdebatte in Misskredit zu bringen. Aktuell wird mit dem Argument angegriffen, Sozialhilfe sei zu luxuriös, insbesondere für Asylsuchende. Und der nächste Kampfbegriff wurde mit dem Begriff «Sozial-Industrie» eben erst lanciert. Er impliziert, dass Geld verschwendet wird und dass Sozialarbeiter nur daran interessiert sind, sich gegenseitig Pöstchen zuzuschieben. Auch darin schwingt der Vorwurf von unmoralischem Verhalten bis hin zum Betrug mit. Nur mit solchen Taktiken lässt sich eine Institution wie die Sozialhilfe angreifen, von der niemand ernsthaft sagen kann, dass sie grundsätzlich schlecht ist.

Die Medien tragen viel dazu bei, dass die öffentliche Diskussion so prominent und oft zugespitzt geführt werden

kann. Was läuft falsch in der Berichterstattung, die diese Art Auseinandersetzungen mitträgt und verstärkt?

Die Medien sind insgesamt aggressiver und ruchloser geworden. Klickraten geben ihnen pausenlos ein direktes Feedback, was dazu geführt hat, dass sich die publizistischen Leitziele verändert haben. Es besteht ein grosser Beschleunigungsdruck, gleichzeitig steht weniger Personal zur Verfügung, und es herrscht eine verschärfte

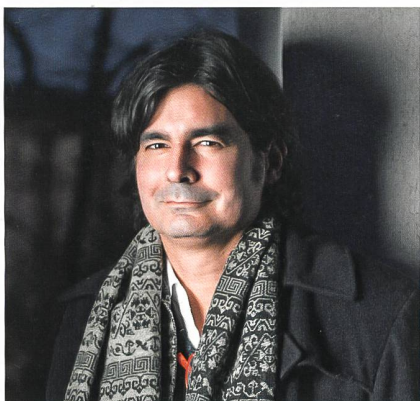
«Die Medien haben an Fähigkeit eingebüsst, mit emotionsgeladenen Themen vernünftig umzugehen.»

Konkurrenzsituation. Dadurch haben die Medien an Fähigkeit eingebüsst, mit emotionsgeladenen Themen vernünftig umzugehen.

Sind die Medien ein Teil der angesprochenen Polit-Malaise?

Die Versuchung, laute und unseriöse Geschichten mit Skandalisierungspotenzial herauszuhauen, wird nicht kleiner. Kürzlich wurden im «Fall Hagenbuch» wochenlang falsche Informationen und Zahlen herumgeboten, nicht nur vom Blick, sondern auch von der NZZ am Sonntag und dem Tagesanzeiger, bevor ein Journalist nachgeforscht und die Fakten richtigstellt hat. Und auch danach wurden sie von gewissen Medien weiter ignoriert. Auch der «Carlos-Skandal» war insgesamt eine unsägliche publizistische Fehlleistung. Dem ist hinzuzufügen, dass innerhalb der Medien ideologische Kräfte wieder an Einfluss gewonnen haben. →

Daniel Binswanger (Jg. 1969) ist Redaktor beim Tages-Anzeiger. In seiner Kolumne in der Wochenendbeilage «Das Magazin» kommentiert er das aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Geschehen. Daniel Binswanger hat Philosophie und Literaturwissenschaften studiert und lebt in Zürich und Paris.



→ **Was läuft aus Ihrer Sicht falsch und was läuft gut in der Sozialhilfe?**

Über alles betrachtet macht die Sozialhilfe einen sehr guten Job. Das liegt zum einen an der Arbeit, die in den Sozialdiensten geleistet wird, zum andern an den stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen. Unsere sozialen Probleme sind im internationalen Vergleich klein. Vor diesem Hintergrund haben wir die Möglichkeit, eine sehr solide Sozialhilfe zu finanzieren.

Kostet die Sozialhilfe zu viel?

Die Kosten für die Sozialhilfe sind im Vergleich zu den Summen, um die es bei den Sozialversicherungen geht, ein kleiner Posten. Bei der Belastung des Mittelstands durch die Krankenversicherung oder der Finanzierbarkeit der Altersvorsorge sehe ich viel ernsthaftere Probleme.

Sind die Unterstützungsansätze zu hoch?

Zu den Standards, was die Sozialhilfe alles finanzieren soll, kann ich mich nicht im Detail äussern. Aber ich finde es eine gute Sache, dass wir den Sozialhilfebeziehenden einen guten Lebensstandard ermöglichen. Wenn Sie in andern Ländern unterwegs sind, begegnen Ihnen regelmässig Obdachlose, Strassenkinder, Alkoholiker. Jeden Winter erfrieren einige von ihnen. Und das notabene nicht in Staaten

ohne Sozialsystem. Ich spreche von westlichen Staaten mit einem Sozialsystem auf niedrigem Niveau. Analoge Überlegungen gelten für die Kriminalitätsraten bei uns und in anderen Ländern. Unsere Sozialhilfe ist eine Errungenschaft, auf die wir stolz sein können.

Trotzdem wird die Sozialhilfe immer wieder kritisiert.

Ich sehe drei Problembereiche, wo Handlungsbedarf besteht: Bei den Unterstützungsleistungen für kinderreiche Familien, bei den Ansätzen für junge Erwachsene und beim Problem der Schwelleneffekte.

Können Sie das ein wenig ausführen?

Wenn kinderreiche Familien Nettoleistungen erhalten, die einem Mittelschichtseinkommen entsprechen, finde ich das auch stossend. Aber deswegen muss man die Unterstützungssätze nicht gleich halbieren. Die SKOS sollte sich überlegen, wie sich hier vertretbare Reduktionen vornehmen lassen können, beispielsweise mit günstigeren Betreuungsstrukturen. Sonst hat die SKOS ein Akzeptanzproblem, weil das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung tangiert ist.

Was schlagen Sie für junge erwachsene Sozialhilfebeziehende vor?

Es sollten Instrumente geschaffen werden, mit denen man renitente junge Sozialhilfebezügler zwingen kann, eine Arbeit zu suchen. Für diese Gruppe sind die Ansätze zu hoch, respektive die Anreize, sich abzulösen, sind nicht wirksam. Natürlich gibt es immer Menschen, die nicht arbeitsfähig sind, beispielsweise wegen psychischen Problemen. Man muss das von Fall zu Fall genau abklären.

Zum Problem der Schwelleneffekte: Es wurden Strukturen geschaffen, die die Leute dazu verleiten, in der Sozialhilfe zu bleiben. Damit ist niemandem gedient. Das Problem hier ist, dass die Einstiegspreise extrem tief angesetzt werden müssen, um die existierenden Schwelleneffekte zu eliminieren.

Das Problem bei den Schwelleneffekten sind eher die Umsysteme. Wenn man die Problematik wirklich lösen will, müssten die Mechanismen für die Besteuerung, das Prämienverbilligungssystem, die Kriterien für

Stipendien und so weiter angepasst werden.

Man müsste Möglichkeiten finden, Steuererlasse zu gewähren oder bei der Prämienverbilligung nach einem anderen Modus vorzugehen. Die Prämienverbilligung ist sowieso eine der grössten sozialpolitischen Baustellen in unserem Land. Hier gibt es sehr grosse Ungerechtigkeiten.

Welche?

Dass im Grundsatz alle gleich viel zahlen, trifft vor allem Einkommensschwache. Daran ändert die Möglichkeit, sich einen Teil der Prämie rückerstatten zu lassen, zu wenig. Für Personen mit tiefem Einkommen sind auch die reduzierten Prämien eine gewaltige Belastung. Und Familien der Mittelschicht, die keinen Anspruch auf eine Prämienverbilligung haben, zahlen für die Krankenversicherung schnell einmal 10 000 Franken im Jahr. Das ist ein happiger Batzen, den nur gut Verdienende

«Ich sehe drei Problembereiche: kinderreiche Familien, junge Erwachsene und Schwelleneffekte.»



locker wegstecken können. Der degressive Effekt der Pro-Kopf-Prämie führt zu einer direkten Umverteilung von unten nach oben.

Wie bringt man Leute, die arbeiten möchten, denen aber der Einstieg nicht mehr gelingt, zurück in den Arbeitsmarkt?

In unserem wirtschaftlichen Umfeld müsste es für diese Leute möglich sein, eine Arbeit zu finden. Aber die Bereitschaft, jemanden einzustellen, der möglicherweise ein wenig «schwieriger» ist als andere, ist eher gering. Und dann spielt hier wohl auch die Personenfreizügigkeit eine erschwerende Rolle.

Was halten Sie von Anreizen für die Wirtschaft, diese Leute vermehrt anzustellen? Braucht es Quoten?

Quoten sind politisch sehr schwierig durchzusetzen, also ist das unrealistisch.

Ein Anreizsystem für Unternehmen hingegen wäre zu prüfen. Die öffentliche Hand könnte einen Teil der Lohnnebenkosten übernehmen. Das hätte aufgrund der derzeitigen Sensibilisierung vielleicht sogar gute Chancen.

Was verstehen Sie persönlich unter sozialer Gerechtigkeit?

Ich sehe drei Hauptelemente, die soziale Gerechtigkeit ausmachen: Erstens, eine Gesellschaft muss sich so organisieren, dass alle Mitglieder ein menschenwürdiges Auskommen haben. Zweitens: Chancengleichheit. Zu ihrer realen Herstellung muss materiell sehr viel mehr getan werden, als das in der Regel der Fall ist. Chancengleichheit beschränkt sich nicht darauf, den besten Schülern aus einfachen Verhältnissen mit Stipendien eine Karriere zu ermöglichen. Chancengleichheit heisst, dass auch Leute aus bildungsfernen Familien eine echte Chance erhalten, sich

zu entwickeln. Drittens: Innerhalb einer Gesellschaft darf es grosse Einkommensdifferenzen geben. Soziale Gerechtigkeit orientiert sich nicht am Ideal materieller Gleichheit. Aber wenn die Differenzen zu gross werden, wenn sich eine völlig abgehobene Schicht von Superreichen ausbildet, ist das kaum mehr gerecht.

Wie kann ein Sozialstaat nach westlichem Muster trotz globalisierter Wirtschaftsentwicklung überleben?

Ich hoffe, dass die Staatengemeinschaft sich zusammenraufen wird und international gültige Standards durchsetzt, damit die Standortkonkurrenz abnimmt und die Staaten weiterhin genügend Einnahmen generieren können, um solid finanzierte Sozialsysteme unterhalten zu können. Es wäre eine Katastrophe, wenn das kaputt ginge. ■

Das Gespräch führte
Michael Fritschi

